

Reformationstag

Von Walter Schmithals

Die Reformation, die tief in die politische Geschichte des Abendlandes eingriff und die oft als der Ursprung der Neuzeit gilt, begann mit einer theologischen Entdeckung. Martin Luther sah sich in seiner Mönchszelle und auf seinem Katheder, in den Anfechtungen seines Herzens und angesichts der Künste seiner Wissenschaft vor die Frage gestellt, was die Bibel meine, wenn sie von der „Gerechtigkeit Gottes“ spricht. Und er entdeckte, daß die Bibel mit „Gerechtigkeit Gottes“ nicht die richtende Gerechtigkeit meint, mit der Gott jedem zukommen läßt, was er verdient, sondern jenes barmherzige Handeln, mit dem Gott den Menschen zurechtbringt, die Wirklichkeit seiner Schöpfung zurechtückt und die Welt auf den rechten, den richtigen Weg geleitet.

Eine sprachliche Entdeckung leitete also die Reformation ein und veränderte die Welt? So ist es, und es braucht uns nicht zu wundern. Denn Sprache ist nicht nur Gerede, Geschwätz, nicht nur Schall und Rauch. In der Sprache begegnen uns auch Wahrheiten, begegnet uns, noch mehr, unsere eigene Wahrheit, weshalb es nicht von ungefähr am Anfang des Johannesevangeliums heißt: „Im Anfang war das Wort.“ Worte können verletzen und heilen; Sprache öffnet und verschließt, führt Ursprung und Ende mit sich. Sprache trägt uns zu, was wir nicht selbst vollbringen können. Sprache kann stärker sein als Tun. Öffnet nicht auch das einfache „Ich liebe dich“ Tore zum Leben?

Von da aus läßt sich verstehen, daß die Rede von der „Gerechtigkeit Gottes“ den Beter der Psalmen, den Apostel Paulus, den Kirchenvater Augustin, den Reformator Luther auf die Grenze von Tod und Leben stellte. Und wenn es uns dennoch schwerfällt zu verstehen, was diese Worte besagen, so möchte diese Schwierigkeit daran liegen, daß wir mit der „Gerechtigkeit Gottes“ nicht einverstanden sind.

weil wir uns nicht selbst aus der Gerechtigkeit Gottes verstehen wollen. Gottes Gerechtigkeit mutet uns ja die Einsicht zu, daß wir aus uns selbst nicht zurecht kommen, sondern uns zurechtbringen lassen müssen, und solche Botschaft trifft nicht leicht auf offene Ohren.

Denn der Mensch möchte gerne durch sich selbst mit sich zurecht kommen, und wo er scheitert, schiebt er die Schuld dafür am liebsten anderen Menschen oder der anonymen Gesellschaft zu. Diese menschliche Selbstgerechtigkeit kann so fromm aussehen wie bei jenem Pharisäer, der Gott dafür dankte, daß er gerechter sei als der Zöllner neben ihm, oder wie bei jenen Berufschristen, die der bösen Welt mit Eifer die Leviten lesen, ohne sich doch selbst die Hände schmutzig machen zu wollen. Sie kann auch sehr unfremd aussehen wie im lauten Geschrei von Funktionären, Kommentatoren, Wissenschaftlern, Politikern, Theologen und auch von uns selbst, wenn wir an allem zweifeln, nur daran nicht, daß wir um den unfehlbaren Weg zum Wohl der Welt wissen, auch wenn die bösen anderen ihn nicht gehen wollen.

Die „Gerechtigkeit Gottes“ lehrt demgegenüber sprechen: „Gott, sei mir Sünder gnädig.“ Sie bekennt, daß Gott den glimmenden Docht nicht auslöscht und das zerstoßene Rohr nicht zerbricht; daß er die Strauchelnden stützt und die Fallenden auffängt; daß er das Verlorene sucht und das Verirrte zurückbringt. Wer aus Gottes Gerechtigkeit lebt, erfährt, daß Gott auch auf krummen Linien gerade schreibt, und er weiß sich noch im Tode bei dem Gott alles Lebens geborgen.

In Gottes Gerechtigkeit braucht der Mensch nicht recht zu behalten. Er kommt mit sich zurecht, und er vermag auch seinem Mitmenschen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, weil er auf den Höhen und in den Tiefen seines Lebens, in Klarheiten und in Finsternissen allein Gott Recht und Ehre gibt.

Frankreichs Gastarbeiterproblem bildet innenpolitischen Zündstoff

Opposition kritisiert Ausländerpolitik der Regierung

Von unserem Korrespondenten

Paris, im Oktober. Bleibe es bei der bisherigen Gastarbeiterpolitik der Pariser Regierung, dann verwandele sich Frankreich im Laufe des nächsten Jahrhunderts in ein arabisch-islamisches Land, in dem die Franzosen lediglich eine schrumpfende und einflußlose Minderheit bilden. Dies behauptete vor wenigen Tagen die bürgerlich-konservative Pariser Tageszeitung „Le Figaro“. Das Blatt berief sich auf die Analyse eines wissenschaftlichen Instituts, das die Geburtenquoten der Französinen mit denen der nichteuropäischen Gastarbeiterfrauen verglich.

Die Regierungssprecherin und Sozialministerin Georgina Dufoix unterstellte dem Blatt, daß es — ähnlich wie der Chef der rechtsextremen Nationalfront, Jean-Marie Le Pen — zum Rassenhaß anreizen wolle. Sie versprach die Veröffentlichung eines Gegengutachtens, mit dem die Unzulänglichkeit der „Figaro“-Analyse bewiesen werden sollte. Die Ministerin geht dem Vernehmen nach davon aus, daß der weibliche Gastarbeiternachwuchs nicht geburtenflüssiger sei als die Französinen.

Einer Umfrage zufolge befürworten nur 23 Prozent der Franzosen die Eingliederung der Gastarbeiter in die französische Gesellschaft. Die meisten Franzosen sind sich mit Le Pen

darin einig, daß die Ausländer für Frankreich kein Gewinn, sondern lediglich eine finanzielle Belastung seien. Und viele haben kein Verständnis für die Verheißung der Regierung, daß Frankreich zu seinem eigenen Vorteil ein Schmelztiegel für Menschen unterschiedlicher Hautfarben, Kulturen und Lebensgewohnheiten sein müsse.

Die bürgerlich-konservative Opposition will den Zustrom neuer Gastarbeiter stoppen, falls sie im nächsten März die Parlamentswahlen gewinnt und wieder die Regierungsverantwortung übernimmt. Straffällig gewordene und arbeitslose Ausländer sollen in ihre Heimatländer zurückgeschickt werden. Bei der ersten Kategorie soll dies ohne Rücksicht auf die Wünsche der Regierungen der betroffenen Länder geschehen. Über die Heimkehr arbeitsloser Ausländer hingegen soll verhandelt werden.

Ginge es nach dem Willen der Nationalfront, so wären derartige Verhandlungen überflüssig. Sie sieht in der massiven Abschiebung der Ausländer auch einen wichtigen Beitrag zur Verringerung der Arbeitslosigkeit in Frankreich. Das wird von der Regierung als falsch bezeichnet.

Zu Verhandlungen über die Rückkehr ihrer Staatsangehörigen sind die Regierungen aus der Dritten Welt nur äußerst ungerne bereit, weil sie die Probleme, die sich aus der Wiedereingliederung ihrer Landsleute ergeben würden, kaum bewältigen könnten. Der algerische Botschafter in Paris versuchte die Franzosen vielmehr an die Idee zu gewöhnen, daß eines Tages die hungerleidenden Elendmassen aus der Dritten Welt in den westeuropäischen Industriestaaten notfalls mit Gewalt einen Überlebensraum zu erobern gedenken. Ob und wie ihre Regierung auf diese Hiobsbotschaft reagiert hat, wissen die Franzosen bislang nicht.

Uwe Karsten Petersen

Französische Regierung will armen Bürgern helfen

Paris (dpa). Mit insgesamt einer Milliarde Francs (330 Millionen DM) will die französische Regierung in diesem Winter wieder die Armen des Landes vor Kälte und Hunger schützen. Der Ministerrat gab gestern in Paris Mittel in dieser Höhe frei, die vor allem zur Begleichung nicht bezahlter Strom- und Gasrechnungen, zur Errichtung von Notquartieren für Obdachlose und der Nahrungsmittelversorgung dienen werden.

Ansteckungsfurcht und neue Diskriminierung

In den Vereinigten Staaten grassiert die AIDS-Panik

Von unserer Korrespondentin

Washington, 30. Oktober

Kaum war aus Paris die Nachricht über den Draht gelaufen, daß womöglich ein Fortschritt in der Bekämpfung der Immunschwäche AIDS („Acquired Immune Deficiency Syndrome“) gelungen sei (siehe auch Seite 10. D. Red.), als Ärzte bereits vor das amerikanische Fernsehen traten, um vor falschen Hoffnungen zu warnen, „die womöglich die Panik nur vergrößern könnten“.

In der Tat ist in Amerika, wo das Zentrum für Seuchenkontrolle in Atlanta dieser Tage bekanntgab, daß die Zahl der gemeldeten Fälle von AIDS rapide auf 15 000 zueilt und daß etwa die Hälfte der in den letzten Jahren bekannten Erkrankten bereits gestorben sind, eine Panik ausgebrochen. Obwohl seit Monaten von AIDS gesprochen und mehr noch gemunkelt wird, ist erst in allerjüngster Zeit die Angst vor Ansteckung wie ein Hurrikan über die Bevölkerung hereingebrochen. Es sind in erster Linie die homosexuellen Männer, die jetzt wie Aussätzige behandelt werden. Aber auch Neger als solche und erst recht Schwarze aus Haiti — von wo angeblich die Seuche durch illegale Zuwanderer und Eindringlinge eingeschleppt wurde — beschwerten sich bitter über das, was sie als Diskriminierung und Beschränkung ihrer Rechte bezeichnen.

Denn hinter den groben Statistiken der Bundesregierung stehen andere, die die Furcht vor Ansteckung gerade durch die erwähnten Gruppen anfachen. Es sind nämlich weiße Männer, die den größten Anteil an den AIDS-Erkrankten ausmachen, und von diesen sind wieder 91 Prozent Homosexuelle oder — wie der Volksmund sie nennt — „Gays“ (von lustig) oder „Queers“ (von ungewöhnlich). Die schärferen Ausdrücke, die zwar tabu, aber inzwischen gang und gäbe sind, sollen hier nicht genannt werden. Bei dieser Gruppe ist also zur ohnehin bestehenden moralischen Diskriminierung eine wirklich panische Angst vor Ansteckung hinzugekommen.

Ein wenig wird die Diskriminierung der Gays durch die inzwischen durchgesickerte Erkenntnis gemildert, daß die Seuche auch durch Blutübertragungen verbreitet wird. Das heißt aber nicht, daß ein Kandidat um den Bürgermeistertitel von Houston in Texas nicht landesweit Zustimmung gefunden hätte, als er in einem unbedachten Augenblick vor dem leider noch laufenden Mikrofonaufnahmegerät die beste AIDS-Bekämpfung sei „to shoot the Queers“. Dabei hatte der Gute gerade eine Wahlendung um die Stimmen dieser Gruppe gemacht.

In Washington hat man darüber hinaus noch größere Sorgen, denn — um wieder bei den nackten Zahlen zu bleiben — die Zahl der AIDS-Opfer unter den Schwarzen ist hier doppelt so hoch wie unter Weißen. Die Schwarzen machten 12,1 Prozent der amerikanischen Bevölkerung aus, stellten aber 25 Prozent aller gemeldeten AIDS-Fälle. Fast die Hälfte ihrer Erkrankungen freilich geht auf das Konto infizierter Nadeln beim Einspritzen von Heroin.

Dies hat zu einer ungeheuren Belastung sowohl der menschlichen Beziehungen in der Bundeshauptstadt wie bei den Kosten des städtischen Budgets geführt. Die Homosexuellen-Vereinigungen, die fürchten, daß sich die Zahl der akut an AIDS Erkrankten hier in wenigen Monaten auf 500 Fälle erhöhen wird, verlangen zusätzliche Mittel in Millionenhöhe, um für die Kranken zu sorgen.

Eine Klinik, die sich auf „AIDS im Getto“ spezialisiert hat, erhielt Sondermittel für eine Aufklärungskampagne. Eine Dame mit untadeligem angelsächsischen Aussehen und Namen verkündet über das Fernsehen und durch die Massenmedien die frohe Botschaft, daß „gewöhnlicher Kontakt“ mit AIDS-Opfern keine Ansteckung bringe. Indessen sprechen die Maßnahmen der Behörden eine andere Sprache.

In den öffentlichen Toiletten werden — wo dies nicht schon längst geschah — Behälter für

flüssige Seife angebracht. Es gibt nur noch Papierhandtücher, Drogerien und Apotheken wurden ersucht, kostenlos sterile Nadeln an Drogenabhängige abzugeben.

An Feuerwehrleute und Sanitäter werden Masken ausgegeben, damit sie sich bei Wiederbelebungsversuchen nicht anstecken. Zahnärzte beginnen, mit Handschuhen zu arbeiten, und die Gläubigen in den protestantischen Kirchen weisen den gemeinsamen Abendmahls-

kelch zurück. „Sie glauben es nicht, aber einige meiner Gemeindeglieder haben sich bereits Papierbecher für den Wein mitgebracht“, sagt der Pastor einer lutherischen Gemeinde in Washington.

Besonders umstritten sind die neuesten Praktiken der Lebensversicherungen, die Blutuntersuchungen verlangen, bevor sie hohe Versicherungen abschließen.

Marlene Manthey

Der Haftbefehl aus Syrakus bindet die Genueser Justiz

Konflikt in der „Achille Lauro“-Affäre entschieden

Von unserer Korrespondentin

Rom, 30. Oktober

Der PLFP-Führer Abu Abbas bleibt in Italien steckbrieflich verfolgt, gesucht per internationalem Haftbefehl wegen Organisation der „Achille Lauro“-Entführung und Komplizenschaft bei den an Bord begangenen Delikten einschließlich der Tötung des amerikanischen Passagiers Klinghoffer. Das ist das interessanteste Ergebnis der Lösung eines Kompetenzstreites innerhalb der Justiz, der in Italien seit Tagen Aufsehen erregte.

Es ging darum, ob die Staatsanwaltschaft von Genua oder Syrakus — unweit des NATO-Stützpunktes Sigonella gelegen, wo das ägyptische Flugzeug mit den Palästinensern an Bord zunächst gelandet war — für die gerichtliche Untersuchung rund um die Schiffsentführung zuständig sei. Der römische Kassationshof entschied sich nach vierstündiger Beratung am Mittwoch für Genua. Überraschend verfügten die hohen Richter jedoch darüber hinaus, die bisher von Syrakus gefällten Entscheidungen sollten ebenfalls gültig bleiben.

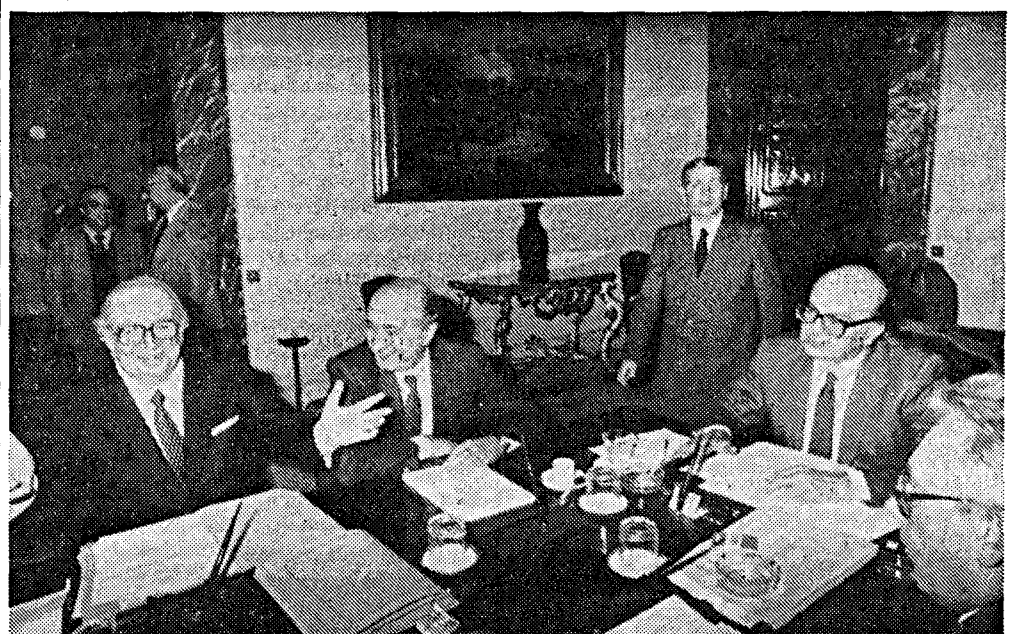
Untersuchungen über die „Nacht von Sigonella“, als amerikanische Militärs ihre Waffen drohend auf italienische Soldaten gerichtet haben sollen, gehören zu den bisher getroffenen Maßnahmen der sizilianischen Justiz. Das Aufsehenerregendste ist jedoch der am vergangenen Wochenende ausgestellte Haftbefehl gegen den Palästinenser Abu Abbas. Nach Bekanntwerden der Tonbandaufzeichnungen in Italien über die Vermittlungsversuche zwischen den Schiffsführern und zwei Palästinensern — unter diesen vermutlich Abu Abbas — gewannen auch die Richter aus Syrakus die

Überzeugung, der PLFP-Führer sei Organisator der Schiffsentführung gewesen, genauso wie zuvor die Amerikaner, die mit solchen Argumenten vergeblich die römische Regierung gebeten hatten, Abu Abbas in Italien festzuhalten. Als „völlig absurd“ hatten hingegen Richter in Genua in den letzten Tagen die von ihren sizilianischen Kollegen verfügte steckbriefliche Verfolgung des PLFP-Führers bezeichnet. In Justizkreisen erwartete man sogar, das römische Kassationsgericht werde die Annullierung des Haftbefehls gegen Abu Abbas anordnen.

Statt dessen entschieden die hohen Richter ausdrücklich, die Staatsanwaltschaft von Genua habe sich künftig auch mit dem in Syrakus ausgestellten Steckbrief zu befassen. Weitere neun Haftbefehle — vier gegen die in Italien inhaftierten Entführer und weitere fünf gegen mutmaßliche Komplizen bei der Vorbereitung des Piratenaktes — waren bereits von der Justiz in Genua erlassen worden, ehe der Kompetenzstreit entschieden war.

Auf die vor einer positiven Lösung stehende römische Regierungskrise, ursprünglich wegen Streitigkeiten in Zusammenhang mit der „Achille Lauro“-Affäre ausgebrochen, scheint jedoch die neueste Entwicklung der Dinge keinen Einfluß mehr zu haben. Bei der Ausarbeitung eines politischen Dokuments der fünf Bündnispartner am Mittwoch, in dem auch die Schiffsentführung eine Rolle spielt, ging es friedlich zu. Wie Ministerpräsident Craxi zum Ausdruck brachte, sieht alles danach aus, daß die zurückgetretene Regierung schon in der nächsten Woche im Parlament wieder im Amt bestätigt werden kann.

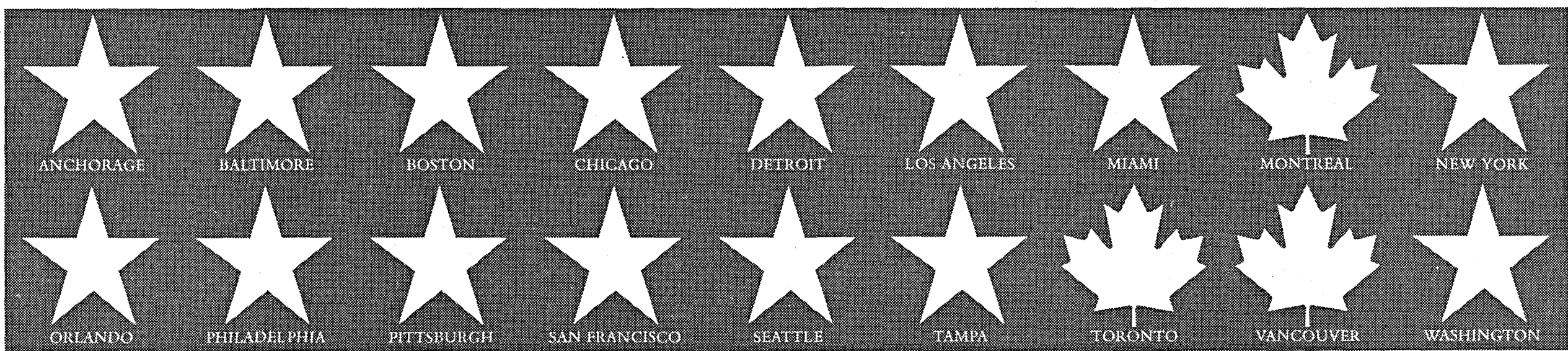
Christa Peduto



Spadolini lacht wieder. Nach dem gestrigen Gespräch der fünf bisherigen italienischen Regierungsparteien teilte Ministerpräsident Craxi (zweiter von rechts) mit, daß die Regierungskrise so gut wie überwunden sei. Der Führer der Republikaner, Spadolini (links), der mit seinem Rücktritt als Verteidigungsminister gegen die Haltung Craxis in der „Achille Lauro“-Affäre protestiert hatte, zeigte wieder ein fröhliches Gesicht. Neben Spadolini der Generalsekretär der Christdemokraten, De Mita; ganz rechts der stellvertretende Ministerpräsident Forlani.

AP-Fotofax

Keine andere europäische Airline fliegt so viele Menschen in so viele Städte Nordamerikas.



1,85 Millionen Menschen sind 1984 mit uns über den Nordatlantik geflogen. Via London natürlich. Weil man von da aus besonders viele Möglichkeiten hat, in den USA und Kanada zu landen. 1985 fliegen wir noch mehr Städte an. Insgesamt 18. Und auf dem Flug dorthin erleben Sie, welch hohes Niveau man über den Wolken erreichen kann. In welcher Klasse Sie fliegen, hängt natürlich ganz von Ihren Ansprüchen ab.

Schon wenn Sie bei uns Super-Club buchen, haben Sie mehr vom Fliegen. Nämlich mehr Platz. Weil nur 6 Sitze in einer Reihe sind, statt 8.

Da können Sie sich in Ruhe auf Ihre Termine vorbereiten. Und sich mit ausgewählten Menüs und Getränken verwöhnen lassen.

In unserer First-Class wird der Flug zum Traum. Was nicht nur am Service liegt. Sondern

auch an unseren Schlafsesseln, die fast horizontal einstellbar sind.

Doch es geht noch exklusiver. Denn was Sie von keiner anderen Airline erwarten können, ist für uns kein Problem: Wir fliegen Sie mit der Concorde nicht nur nach New York. Sondern auch nach Miami und Washington. Damit Sie Ihre Ziele viel schneller erreichen als andere.

Weitere Informationen über unsere Nordamerika-Verbindungen erhalten Sie auch über BTX * 43100.117 # und in jedem Reisebüro mit British Airways-Agentur.

BRITISH AIRWAYS

Die Airline